[illegible]

—* Geldsendungen nach England. [illegible] Kriegsgefangene [illegible] und deutsches Geld in Form von deutschen Banknoten enthalten. Die Empfänger der Briefe haben die Annahme verweigert, da in den Kantinen deutsches Geld nicht angenommen wird. Eine Umwechslung der Markbeträge konnte nur in London mit einem großen Kursverlust erfolgen, sodaß unter Berücksichtigung der dadurch eintretenden Verzögerungen der Wert der Geldsendung für die Kriegsgefangenen beinahe hinfällig wird. Der Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz ist daher ersucht worden, die Angehörigen Kriegsgefangener, welche sich unter englischer Oberherrschaft befinden, bei sich bietender Gelegenheit auf diesen Umstand hinzuweisen und vor der Uebersendung des baren Geldes in Briefen dringend zu warnen.

—* Der Verband Sächsischer Industrieller zum Friedensschluß. In der am 2. Juli ds. Js. abgehaltenen Gesamtvorstandssitzung fand nach einer Ansprache des Vorsitzenden, Otto Moras, eine Erörterung der durch die Annahme des Friedensvertrages geschaffenen Situation und der Zukunftsaussichten für die sächsische Industrie statt. Der Vorstand stimmte den Ausführungen seines Vorsitzenden zu, daß, wenn der nunmehrige Friedensschluß auch eine gewisse Klärung gebracht habe, man doch nicht die furchtbaren Wirkungen, die dieser Friedensvertrag namentlich auf Handel und Industrie ausüben werde, übersehen könne. Für die Industrie bedeute die Annahme des Friedensvertrages eine ungeheure, in vielen Fällen wahrscheinlich überhaupt unerträgliche Belastung, auch sieht die Industrie alle ihre Hoffnungen, in absehbarer Zeit wieder als gleichwertiger Faktor auf dem Weltmarkte zu erscheinen, mit diesem Friedensvertrage völlig vernichtet. Selbst die geringen, in den deutschen Gegenvorschlägen enthaltenen Erleichterungen sind von der Entente abgelehnt worden. Die Hoffnung, daß durch spätere Revision des Vertrages die von der Industrie unbedingt zu fordernde Betätigungsfreiheit und Selbständigkeit auf dem Weltmarkte in finanzieller Hinsicht erreicht werden könnte, teilt der Verband nicht. Wenn auch viele Industrielle gegenwärtig niedergedrückt und verärgert sind, so hält der Verband es doch für seine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die sächsische Industrie zu tätiger Mitarbeit bei dem nun beginnenden Wiederaufbau Deutschlands bereit ist. Die sächsische Industrie muß und wird, wie zahlreiche Zuschriften an den Verband beweisen, im zähen Kampf gegen die sich turmhoch auftürmenden Schwierigkeiten ihren Mann stehen, als Vorbedingung aber muß sie unbedingt verlangen, daß alle von ihr als unnötig bezeichneten zwangswirtschaftlichen Maßnahmen beseitigt werden, und daß die Bahn für die freie Betätigung des Unternehmergeistes, der Unternehmungslust, der Initiative, der Wiederanknüpfung der Beziehungen mit dem Auslande unverzüglich eröffnet wird. Auch sei die Hoffnung auszusprechen, daß es den besonnenen Kreisen der Angestellten und Arbeiterschaft gelingen möge, die in ihren Reihen eingerissene Disziplinlosigkeit, die in sinnlosen, das Wirtschaftsleben schwer schädigenden Streiks ihren Ausdruck findet, erfolgreich zu bekämpfen, um in gemeinsamer Tätigkeit unter Sammlung aller Kräfte den Wiederaufbau des tieferschöpften, in dieser Richtung, namentlich soweit die Kohlenversorgung in Frage kommt, zusammengebrochenen Wirtschaftslebens zu beginnen.

—* Zur Verbilligung der Lebensmittel. Vom Rat der Stadt Dresden wird folgendes mitgeteilt: Die Kosten der Senkung der Lebensmittelpreise, die etwa 1¼ Milliarden Mark betragen werden, sollen nach einer Verfügung des Reichsernährungsministeriums an die Regierungen sämtlicher Einzelstaaten zu je einem Drittel vom Reiche, den Einzelstaaten und den Kommunalverbänden getragen werden. Der Beitrag der Kommunalverbände wird vom Reiche in der Weise eingezogen, daß ihnen der Betrag auf ihre Forderungen für die vorschußweise für das Reich gezahlten Familienunterstützungen in Anrechnung gebracht wird. Die Kommunalverbände würden aber nach dieser Verfügung in gleicher Weise auch noch mit dem auf die Einzelstaaten entfallenden Drittel belastet werden, wenn die Einzelstaaten bis zu einem bestimmten Termine ihrer Zahlungsverpflichtung nicht nachkommen. Um dieser bedenklichen Belastung der sächsischen Gemeinden vorzubeugen, hat sich der Vorsitzende des Sächsischen Gemeindetags — Oberbürgermeister Blüher — bereits am Mittwoch sofort nach Bekanntwerden der Verfügung — an das Sächsische Finanzministerium mit dem Ersuchen um Zusicherung gewandt, daß der Sächsische Staat seinen Aufwandsteil selbst tragen werde. Nach einer Mitteilung des Finanzministeriums steht dessen Genehmigung zur Uebernahme des auf den sächsischen Staat entfallenden Kostenanteil zu erwarten.

—* Postsperre nach Frankfurt a. M. Die Oberpostdirektion Dresden teilt folgendes mit: Infolge des Eisenbahnerstreiks sind die Verbindungen nach Frankfurt (Main) und dem Ober-Postdirektionsbezirk Frankfurt (Main) unterbrochen. Pakete und Wertsendungen für Frankfurt (Main) und Durchgang werden von den Postanstalten vorläufig nicht angenommen; der Briefverkehr dahin ist bis auf weiteres eingestellt.

— Erhöhung der Postgebühren. Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Bestelldienstes hat sich, wie durch WTB. gemeldet wird, die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einsammlung der Postsendungen zu erhöhen. Vom 10. Juli ab werden daher folgende Gebühren erhoben werden: Für die Eilbestellung bei Vorausbezahlung durch den Absender für jede Briefsendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 60 Pfg., im Landbestellbezirk 1 Mark, für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pfg., im Landbestellbezirk 1,50 Mark, für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mark. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 30 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kilogramm einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 30 Pfg., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 Pfg., für jedes schwerere Paket 40 Pfg., für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 Mark für jede Sendung 10 Pfg., für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mark für jede Sendung 20 Pfg. Für die Einsammlung von Einschreibbriefsendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pfg., für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pfg., im Landbestellbezirk bis 2½ Kilogramm einschließlich 20 Pfg. und für schwerere 40 Pfg. für jede Sendung. Außerdem wird vom 1. Oktober ab ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pfg. für jede wöchentliche Abtragung eines Stückes erhoben.

Großenhain. In der Stadtverordnetensitzung am Freitag erfolgte die vollständige Neuwahl des Ratskollegiums. [illegible]

[illegible] 15 000 Mark sollen zur Ausbildung abgehender Schüler und 10 000 Mark für Sport- und Turnzwecke verwendet werden. [illegible] Außerdem mehrere private Einzelstiftungen und Geschenke [illegible] Glückwünsche übermittelten u. a. Rektor Prof. Dr. Lohmann, Dresden, Annenrealgymnasium für die Standesvereinigung höherer Lehrer Sachsens [illegible] Leipzig, Direktor [illegible] für die Landw. Schule Wurzen. Von tiefem Eindruck war die Feier der Uebergabe eines von Prof. Edwin Hempel-Dresden entworfenen und vom Bildhauer [illegible] Müller-Dresden ausgeführten Gedenkmales für die gefallenen Schüler der Anstalt, welches von den ehemaligen Schülern gestiftet und am Haupteingang der Schule errichtet worden ist. Die zahlreichen Namen der gefallenen Helden sind in Stein gemeißelt. Am Sonnabend fand ein sehr belebter Begrüßungsabend, am Sonntag Marktkonzert und nachmittags Künstlerkonzert unter Mitwirkung von vier Leipziger Künstlern statt. Die Stadt Döbeln war zu Ehren der Festteilnehmer und der Schule reich geschmückt.

Zwickau. Unter Teilnahme der bergbaulichen Vereine Zwickau-Lugau-Oelsnitz, des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands tagte am Sonnabend das von der Regierung einberufene Schiedsgericht zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten im sächsischen Steinkohlenbergbau. Es bestand aus je drei Arbeitgebern und Arbeitervertretern; den Vorsitz führte Dr. Tiberius vom Reichsarbeitsministerium. Zwischen den Werkbesitzern u. den Arbeiterverbänden wurde über den Hauptstreitpunkt eine Einigung erzielt. Es werden mit Wirkung vom 1. Juli die Schichtlöhne um 70 Prozent erhöht. Auf die Gedinge erfolgen 40 Prozent Zuschlag für die Grubenarbeiter und 20 Prozent für die Tagarbeiter. Ueber eine Entschädigung für den Juni wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach den Arbeitergruppen für die geleistete Schicht 50, 75 und 100 Pfg. nachgezahlt werden. Der Unternehmerverband und die beiden Bergarbeiterorganisationen gaben ihre Zustimmung.

* Glauchau. Wegen Ausbleibens der Kohlenzufuhr mußte am Sonntag das Gas von 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends gesperrt werden. — Ratenzahlungen auf die städtische Einkommensteuer werden vom Stadtrat ohne besonderen Antrag gewährt. Auf jeden der vier Steuertermine können drei Ratenzahlungen geleistet werden. Das bedeutet für die kleinen Steuerzahler eine merkliche Erleichterung.

* Plauen i. V. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann am Freitag die für zwei Tage angesetzte Verhandlung gegen 21 Teilnehmer an dem Spartakisten-Putsch vom 24. Februar ds. Js. in Plauen, die sämtlich wegen Landfriedensbruches unter Anklage standen. In Frage kamen für diese Verhandlung der Generalstreik gegen den „Vogtl. Anzeiger", die Plünderung des Schlachthofes und zweier Plauener Waffenhandlungen. Die Angeklagten, von denen 11 zumeist wegen Diebstahls vorbestraft sind, wurden zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen von 5 Monaten bis 1 Jahr 9 Monaten verurteilt. Sechs Angeklagte wurden freigesprochen.

* * *

Bebra. Seit gestern ½5 Uhr nachmittags brennt die einige hundert Meter lange Güterhalle des Haupteisenbahnknotenpunktes Bebra lichterloh, mit ihr mehr als hundert Eisenbahnwagen. Fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter, wie Benzin, und der wehende ungünstige Wind treibt die Funken den Personenwagen zu und gefährden auch diese. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. Als Ursache des Güterbahnhofbrandes wird Brandstiftung vermutet. Es haben große Ausschreitungen und Plünderungen stattgefunden. Von Kassel wurde zur Hilfe eine Kompanie der dort liegenden Marburger Jäger nach Bebra entsandt.

* Triebes. Das seltene Fest der eisernen Hochzeit feierte der hiesige Faktor Hupfer mit seiner Ehefrau. Der Jubilar war in seinen jungen Jahren vorübergehend Bürgermeister unseres Ortes und danach vier Jahrzehnte lang Mitglied des Gemeinderats.

Die Streiklage im Reiche.

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks.

Die Lage im Berliner Verkehrsstreik ist unverändert. Mit einer Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs ist auch in den nächsten Tagen noch nicht zu rechnen. Der Eisenbahnerstreik dagegen gehört der Vergangenheit an. Auf allen Bahnhöfen und Werkstätten wird das reguläre Arbeitspensum erledigt. Dagegen scheint im Reiche der Streik der Eisenbahner immer weitere Kreise zu ziehen. Von gestern ab traten die Eisenbahner folgender Direktionsbezirke und Betriebswerkstätten neu in den vollkommenen Streik ein: Hannover, Elberfeld, Essen, Mainz, Magdeburg, Dortmund, Bielefeld, Darmstadt (60 Prozent) und voraussichtlich auch Cassel. Dadurch ist der Zugverkehr in fast ganz Westdeutschland vollständig aufgehoben. Auch auf die Küstenorte ist der Streik übergesprungen. So streiken in Hamburg und in Danzig eine große Zahl von Handelsmatrosen und von Schiffern.

Streikabbruch in Frankfurt.

Der Eisenbahnerstreik ist gestern abgebrochen worden. Der Betrieb ist Sonntag abend 10 Uhr auf allen Strecken wieder aufgenommen worden. Die Vertrauensleute der streikenden Eisenbahner hatten in zwei Sitzungen am Sonnabend und Sonntag beschlossen, den Streik abzubrechen. Dieser Beschluß wurde von einer Versammlung der Streikenden, die am Sonntagnachmittag abgehalten wurde, gutgeheißen. Wie die Redner in den Versammlungen erklärten, beharren die Arbeiter auf den Forderungen, die sie bereits seit einiger Zeit gestellt haben, insbesondere auf der Durchführung des Rätesystems im inneren Betrieb der Eisenbahn. Sie haben sich aber bereit erklärt, mit dem Minister Oeser über diese Punkte zu verhandeln. Weiter wurde erklärt, daß die Arbeiter entschlossen seien, ihre Forderungen eventuell mit einer neuen Aktion, die sich über das ganze Reich erstrecken soll, durchzusetzen. Die Arbeiter lehnen es ab, in Zukunft mit der Beamtenschaft gemeinsam vorzugehen, da die Beamten ihnen bei dem jetzt abgebrochenen Streik in den Rücken gefallen seien. In Zukunft hätten sich die Beamten den Beschlüssen der Arbeiterschaft zu fügen. L. K. W.

Auch in Darmstadt haben die Eisenbahnarbeiter gestern nachmittag beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Der Bahnhof in Wittenberge von Regierungstruppen besetzt.

In Wittenberge haben Regierungstruppen den Bahnhof besetzt und den Verkehr der Lebensmittelzüge wieder in Betrieb genommen. Die technischen Abteilungen der Regierungstruppen haben in vollem Umfange es ermöglichen können, daß die Lebensmittelzüge am Sonntag nachmittag wieder abgehen konnten. Es war tatsächlich eine größere Menge Lebensmittelzüge nach Berlin auf der Strecke liegen geblieben, so daß die Lebensmittelversorgung Berlins dadurch in große Gefahr gekommen wäre. Die Eisenbahnarbeiter streiken weiter.

Der Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Nach fünfstündiger Beratung verkündete am Sonnabend abend kurz vor 10 Uhr Dr. Wölff (?) den Schiedsspruch, wobei er gleichzeitig erklärte, daß die Parteien bis zum 14. Juli mittags 12 Uhr dem Reichsarbeitsministerium schriftlich Mitteilung von der Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu machen hätten. Der wichtigste Punkt des Schiedsspruchs bezieht sich auf die Einkommensregelung. Der Schiedsspruch wurde von den Bankangestellten ziemlich ruhig aufgenommen. Der Vorsitzende empfahl den Parteien die Annahme des Schiedsspruches mit dem Bemerken, daß der Schlichtungsausschuß sich bemüht habe, die mittlere Linie zu finden.

Emonts geflohen.

Der erste Vorsitzende des Allg. Verbandes der deutschen Bankbeamten, der vor einigen Tagen verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt worden war, ist geflohen. Emonts wohnte mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft der Sitzung des Schlichtungsausschusses in den Tarifverhandlungen der Banken und Bankbeamten im Reichsarbeitsministerium bei; Freitag nachmittag gegen 6 Uhr verließ er, wie schon mehrmals vorher, den Sitzungssaal. Erst nach einiger Zeit fiel es auf, daß er nicht zurückkehrte. Seine Begleiter, zwei Gerichtsdiener, durchsuchten das Haus, ohne ihn zu finden. — Von zuständiger Stelle wird noch mitgeteilt: Nach dem in den letzten Tagen bereits veröffentlichten Brief Emonts ist der Hauptort für die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen das Rheinland, insbesondere Köln. Dort und in den benachbarten Orten des Rheinlandes sind auch die Teilnehmer an seinen Handlungen zu suchen und zu verfolgen. Lediglich aus diesem Grunde ist an den ersten Staatsanwalt in Köln zunächst die Anfrage gerichtet worden, ob er bereit ist, die weitere Verfolgung des Emonts und seiner Mittäter zu übernehmen. Wegen einer Ueberführung des Emonts nach Köln ist von Berlin aus nicht das Geringste veranlaßt worden. Eine solche könnte auch nur von dem ersten Staatsanwalt in Köln erst dann angeordnet werden, nachdem er die Sache übernommen hat. In diesem Falle würde es sich aber nur um Uebergabe des Emonts von einer deutschen Behörde an eine andere deutsche Behörde handeln. Behördliche Maßnahmen, welche die Kompetenz des deutschen Richters zu Gunsten des englischen Kriegsgerichts ausschalten, d. h. also, eine Auslieferung des Emonts an die Engländer, die nach § 9 des Reichsstrafgesetzbuches ungesetzlich wäre, sind von keiner Seite in Erwägung gezogen worden. Auch seitens der Reichsregierung ist an eine Auslieferung Emonts nie gedacht worden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Neuer Unterstaatssekretär. Gesandter von Haniel ist zum Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt ernannt worden.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. Am Sonnabend genehmigte der Gewerkschaftskongreß mit großer Mehrheit nach stundenlanger Debatte die von der Vorständekonferenz aufgestellten Satzungen eines Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Damit ist der Bund gegründet, der an die Stelle der bisherigen Generalkommission tritt. Der Kongreß nahm sodann mit großer Mehrheit die Wahlvorschläge der Vorständekonferenz zum Bundesvorstand an. Legien wurde mit 428 Stimmen zum 1. Vorsitzenden des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt.

Polnische Uebergriffe. An der Posenschen Front dauern die polnischen Uebergriffe an. Wilhelmsbrück, östlich Kempen, erhielt Artilleriefeuer. Dort mußte auch ein größerer Patrouillenvorstoß abgewiesen werden. Nördlich Rawitsch überfielen die Polen unter Bruch des Waffenstillstandes einen unserer Posten. Drei Mann wurden von den Polen getötet und verstümmelt. Nordöstlich Bojanowo wurde eine starke polnische Streife abgeschlagen. Der Feind beschoß auch in dortiger Gegend von Rawitsch bis nördlich Lissa mehrere Ortschaften auf deutschem Gebiete mit Artilleriefeuer. Hierbei traten Verluste unter der Zivilbevölkerung ein. Seit dem 1. Juli wird östlich Lissa eine deutsche Patrouille vermißt. Eine am 2. Juli zur Feststellung ihres Verbleibes ausgesandte zweite Patrouille stieß bei Neuwelt westlich der Demarkationslinie mit einer starken polnischen Patrouille zusammen. Ein Unteroffizier und 12 Mann wurden getötet. Ein in Gefangenschaft der Polen geratener Mann wurde vor den Augen seiner Kameraden ermordet, die Leiche am nächsten Tage mit dem Bescheide ausgeliefert, daß in Zukunft jedem gefangenen Grenzschutzangehörigen dasselbe Schicksal erreichen würde. An der Netze bei Nakel und südlich Thorn fortgesetzte Patrouillenschießereien von seiten der Polen.

Eine Entente-Aktion gegen die bolschewistische Propaganda in Deutschland. Einer Pariser Information der „Morningpost" zufolge sind die Versuche der deutschen Kommunisten, ihre Idee in die Ententeländer zu tragen, Gegenstand eingehender Beratungen der Alliierten gewesen. Das Blatt will wissen, daß die Alliierten einen diplomatischen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen gedenken, um sie zu einer Aktion gegen die revolutionäre Propaganda zu veranlassen. Die Alliierten seien entschlossen, durchgreifende Maßnahmen anzuwenden, falls es der deutschen Regierung nicht gelingen sollte, die Agitation im bolschewistischen Sinne zu verhindern.

Preußische Ministerkrise in Sicht. In Weimar sind Gerüchte von schweren Krisen innerhalb der Regierung im Umlauf. Soweit bisher erfahren werden konnte, handelt es sich dabei um den Inhalt des Artikels 18 (Neueinteilung Deutschlands), über den bekanntlich die Beratung in der Nationalversammlung ausgesetzt worden ist. Es sollen hier, wie es heißt, Unstimmigkeiten zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung entstanden sein. Dazu kommt, daß man innerhalb der preußischen Regierung wegen des Kompromisses über die Kulturfrage neuerdings auf Schwierigkeiten gestoßen ist.

Eine schweizerische Aufforderung an Deutschland. Die „Basler Nationalzeitung" richtet in ihrem Handelsteil an die Zentralbehörden des Deutschen Reiches die dringende Aufforderung, die Einfuhr nach Deutschland frei zu geben, da ja auch die Schweiz den deutschen Erzeugnissen den Eingang nicht verwehre. Das Blatt schreibt: Während wir alles tun, um den internationalen Handel auf privatwirtschaftlicher Grundlage unter natürlicher Entfaltung anzubahnen, halten die deutschen maßgebenden Instanzen starr an der Richtdurchführung des Imports fest. Alle Erleichterungen seitens unserer Behörden haben daher nur problematischen Wert, weil die Kräfte in Deutschland nach wie vor gebunden bleiben. Das deutsche Volk selbst muß die Zeche bezahlen, wenn seine Behörden die Grenzen nicht unverzüglich öffnen. Ist einmal der erste Bedarf gedeckt, so tritt automatisch die Beruhigung des Marktes und billige Preise ein. Die Aufhebung der S. S. S. und die Aufhebung der Ausfuhrverbote durch die Schweiz nützen dem deutschen Volke nichts, wenn nicht die deutsche Regierung ihrer Kaufmannschaft die gleichen Freiheiten zurückgibt.

SLUB
Wir führen Wissen.